

23.06.2008

Recht auf Hauptschulabschluss greift zu kurz

*Zur Debatte über das Recht auf einen Hauptschulabschluss erklärt **Priska Hinz**, bildungspolitische Sprecherin:*

Jugendliche und Erwachsene ohne Schulabschluss müssen eine zweite Chance bekommen. Doch der SPD-Vorschlag für ein Recht auf einen Hauptschulabschluss ist nicht ausgereift.

Für junge Schulabbrecher ist das Modell zu unflexibel. Denn sie sollen den Schulabschluss nur im Rahmen von berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit erreichen können. Das stellt für viele eine zu hohe Hürde dar. Wir Grüne halten Produktionsschulen für geeigneter. Dort lernen Jugendliche im Arbeitsprozess, überdurchschnittlich viele schaffen einen Schulabschluss.

Für Erwachsene, die einen Schulabschluss nachholen wollen, greift der SPD-Vorschlag zu kurz, weil er sich nur an Beschäftigte richtet und nur speziell für einen Hauptschulabschluss gilt. Sinnvoller wäre es, mit einem Erwachsenenbildungsförderungsgesetz grundsätzlich das Nachholen von Abschlüssen zu ermöglichen. Über ein System von Zuschüssen und Darlehen, ähnlich wie beim derzeitigen Meisterbafög, würde dies unabhängig von Altersgrenzen oder der Festlegung auf bestimmte Abschlüsse den Aufstieg durch Bildung fördern.

Das Erwachsenenbafög ist dem Recht auf Hauptschulabschluss auch deshalb weit überlegen, weil es steuerfinanziert ist. Der SPD-Vorschlag dagegen würde die Beitragszahlerinnen und -zahler über Gebühr belasten.